

GRÜNSPIEGEL

informativ • parteilich • aktuell

Ausgabe 53 Dezember 2014



Das neue „Made in Germany“



von Cem Özdemir

Wenn die Menschheit mit den natürlichen Ressourcen der Erde weiterhin so sorglos umgeht, dann brauchen wir im Jahr 2030 zwei Planeten, um unseren Bedarf an Nahrung, Wasser und Energie zu decken. Mit diesen eindrücklichen Worten beschreibt die Naturschutzorganisation WWF den Gesundheitszustand von Natur und Klima. Wenn wir es schaffen wollen, die Erderwärmung tatsächlich auf zwei Grad zu beschränken, müssen wir bis 2050 die CO₂-Emissionen gegenüber 1990 um 95 Prozent reduzieren. Das kann nur klappen, wenn wir auch massiv ins Energiesparen investieren.

Umso enttäuschender ist der Beschluss der EU-Staats- und Regierungschefs, die Energieeffizienz bis 2030 nur um 27% zu steigern, noch dazu unverbindlich. Die Bundesregierung hat es bis heute nicht einmal geschafft, die EU-Energieeffizienzrichtlinie aus dem Jahr 2012 in der vorgegebenen Frist bis Juni 2014

umzusetzen. Hinzu kommt, dass dreckige Kohle aufgrund des auf dem Boden liegenden Emissionshandels boomt und Wirtschaftsminister Gabriel mit seiner Weigerung, endlich einen verlässlichen Ausstieg aus der Kohlekraft einzuleiten, alle Bemühungen um einen wirksamen Klimaschutz hintertreibt. Sonntagsreden und Wirklichkeit klaffen hier enorm auseinander. Damit schadet die Bundesregierung nicht nur dem Klimaschutz, sondern auch den Zukunftschancen unserer Wirtschaft. Denn der Klimawandel führt dazu, dass die Nachfrage nach energiesparenden Produkten und Verfahren steigt. Schon heute arbeiten im Bereich Energieeffizienz rund 800 000 Beschäftigte. Der Gesamtumsatz lag 2012 bei 146 Milliarden Euro. Dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung zufolge können durch Effizienzmaßnahmen bis 2020 weitere 150 000 Jobs geschaffen und zehn Milliarden Euro Energiekosten eingespart werden.

Es ist kein Naturgesetz, dass wir in Deutschland und Europa auch noch in 20 Jahren die Wertschöpfung haben, um unseren Wohlstand zu bewahren. Der Niedergang der einst stolzen deutschen Elektronikindustrie mit Firmen wie Telefunken, Nordmende oder AEG ist eine Mahnung – wer die Zeichen der Zeit ignoriert, wird ganz schnell abgehängt. Damals war es die Mikroelektronik. Heute geht es um Digitalisierung und Energieeffizienz. Wir werden nur erfolgreich und wettbewerbsfähig sein, wenn "Made in Germany" auch für die ressourcen- und ener-

gieeffizientesten Produkte und Verfahren steht. Andere Volkswirtschaften wie die USA und China warten nicht auf uns.

Als die EU beschloss, im Rahmen der Ökodesign-Richtlinie Glühlampen mit geringer Energieeffizienz schrittweise aus dem Verkehr zu ziehen, wurde die Polemik-Maschine angeworfen. Das Licht ist dank effizienterer LED-Lampen, die zunehmend herkömmliche Leuchtmittel ersetzen, nicht ausgegangen. Das zeigt: Es ist notwendig, dass der Gesetzgeber konkrete und ambitionierte Ziele vorgibt, um die Innovationsdynamik zu beschleunigen. Welche Unternehmen, konkreten Technologien und Produkte sich am Ende durchsetzen, entscheidet nicht die Politik, sondern das tun die Hersteller und Verbraucher auf dem Markt. Wer aber erst gar nicht gefordert wird, der wird auch nicht besser. Das ist in der Schule nicht anders als beim Klimaschutz und in der Wirtschaft.

Wenn es ums Energiesparen geht, dann müssen wir auch an den Energieverbrauch für Heizung, Warmwasser und Lüftung in Gebäuden rangehen. Denn im Gebäudebereich werden heute 40% der Endenergie verbraucht, ein Drittel der CO₂-Emissionen fallen dort an. Jeder Euro, der an öffentlichen Mitteln in die CO₂-Gebäudesanierung geht, löst rund 9 Euro private Investitionen aus. Ein besseres ökologisches Konjunkturprogramm für Mittelstand und Handwerk ist kaum vorstellbar. Es ist längst an der Zeit, die energetische Gebäudesanierung durch steuerliche Anreize zu fördern.

Liebe Leserin,
lieber Leser,

viel erreicht und noch viel vor.

Als im Jahr 2011 Grün-rot in Baden-Württemberg die Regierungsgeschäfte nach 58 Jahren CDU geführter Regierungen übernahm, waren die Erwartungen groß. Also legten wir los, um Baden-Württemberg zu modernisieren. Ob in der Bildungspolitik oder im Umgang mit den Menschen, die grün-rote Landesregierung brachte viele Projekte auf den Weg und teilweise auch schon zum Abschluss.

Zum Beispiel den Nationalpark Nordschwarzwald. Unter starker Beteiligung der Bürger vor Ort und viel Überzeugungsarbeit und gegen den erbitterten Widerstand der Opposition beschloss der Landtag die Einrichtung des ersten Nationalparks in Baden-Württemberg. Zum Beispiel Energiepolitik, hier Windkraft. Unter grün-rot soll in Zukunft der Bau von Windkraftanlagen schneller genehmigt und gebaut werden können, unter Beachtung des Natur- und Tierschutzes. Zum Beispiel Bildungspolitik: Durch die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung geben wir Eltern und deren Kindern die Möglichkeit, sich freier zu entfalten und zukunftsorientiert zu handeln. Beispiel Hochschulpolitik: Mit der Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaft haben wir die Hochschulen demokratischer gemacht.

Das sind nur einige Beispiele, die zeigen, was wir in dreieinhalb Jahren geschafft haben, wenn auch die Auflistung nicht vollständig ist. Aber das soll es nicht gewesen sein, denn: Wir haben noch viel vor.

Mit grünen Grüßen



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

herzlich möchten wir Sie zu unserem Neujahrsempfang am Mittwoch, den 28. Januar 2015, um 19.30 Uhr im Staatsarchiv Ludwigsburg (Arsenalplatz 3) einladen.

Wir freuen uns sehr auf unsere Hauptrednerin Edith Sitzmann, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag. Im Anschluss werden die Gewinner des Armin Zeeb Preises geehrt.

Bitte teilen Sie uns bis zum 16. Januar mit, mit wie vielen Personen Sie teilnehmen werden (E-Mail: KV.ludwigsburg@gruene.de). Wir wünschen Ihnen frohe Feiertage sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr und hoffen, Sie auf unserem Neujahrsempfang begrüßen zu dürfen.

Herzliche Grüße
Der Kreisvorstand von
Bündnis 90/DIE GRÜNEN KV Ludwigsburg

Energiewende - das machen Wir!

von Daniel Renkonen

Mit der Kampagne 50 - 80 - 90 wollen wir die Energiewende im Land voranbringen, die von der CDU jahrzehntelang durch die ideologische Bekämpfung der Windkraft blockiert worden ist. Die plakative Kampagne steht für 50 Prozent weniger Energieverbrauch, 80 Prozent mehr Erneuerbare Energien und 90 Prozent weniger CO₂-Ausstoß. Und das alles bis zum Jahr 2050. Wir sind uns einig, dass wir dieses ehrgeizige Ziel nur mit Hilfe eines Maßnahmenmix umsetzen

können. Als wichtigste Änderung hat die Grün-rote Koalition daher im Sommer 2013 ein Klimaschutzgesetz mit einem Energiekonzept beschlossen, das 108 konkrete Maßnahmen für den Ausbau der Erneuerbaren sowie für mehr Energieeinsparung umfasst.

Gebäude sanieren - CO₂-Ausstoß senken

Die beste Klimapolitik ist immer noch die, erst gar keine Energie zu verpulvern. Insofern haben wir eine Sanierungsoffensive der rund 8000

Landesgebäude wie Universitäten, Gerichte oder Polizeidirektionen gestartet. Hierzu wurde ein neues Energiemanagement mit einem regelmäßigen Verbrauchscontrolling eingerichtet. Denn allein mit mehr Geld ist es nicht getan.

Trotzdem sind gewaltige Investitionen notwendig, um eine jährliche Sanierungsrate von zwei statt vormals einem Prozent zu erreichen. Deswegen haben wir im Doppelhaushalt 2015/2016 die Rekordsumme von rund 400 Millionen Euro für Neubauten, Sanierungen und Ersatzneubauten (energetisch am besten!) bereit gestellt.

Auch Privateigentümer und Firmen müssen künftig einen größeren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Noch in diesem Jahr wird unser umtriebiger Umweltminister Franz Untersteller eine Novelle des E-Wärme-Gesetzes vorlegen. Es schreibt Eigentümern künftig vor, dass sie bei einem Heizungsaustausch 15 statt bislang zehn Prozent der Wärmegewinnung aus erneuerbaren Energien wie Solarthermie oder einer Holzheizung erbracht werden. Die Liste der Erfüllungsoptionen wird vergrößert, in dem beispielsweise verbindliche Sanierungsfahrpläne oder Dämmungen der Kellerdecken neuerdings anerkannt werden, um den Pflichtanteil von 15 Prozent anzuerkennen.

Ausbau der Windkraft kommt voran - aber noch sehr langsam

Ausgerechnet die Windkraft-Partei CDU wirft uns neuerdings vor, dass wir unser Versprechen mehr Windräder zu installieren, nicht einhalten. Das ist ein verzweifelter Versuch, vom eigenen Nichtstun abzulenken. Denn auch die CDU weiß, dass sämtliche Regional- und Flächennutzungspläne

nach unserem neuen Planungsge-
setz nicht im Handumdrehen abge-
ändert werden können. Das benö-
tigt Zeit. Genauso wie die Abwä-
gung zwischen dem Bau von Win-
drädern und den Belangen des
Natur- und Artenschutzes.

Trotzdem zeigt der Daumen nach oben, weil erstmals in diesem Jahr bereits landesweit 48 Windkraftanlagen installiert worden sind. In den vergangenen Jahren waren es gerade einmal ein knappes Dutzend. Zusätzliches liegen bereits Genehmigungsanträge für weitere 264 Windkraftanlagen vor. Angesichts dieser Zahlen sind wir überzeugt, dass wir unser politisches Ziel erreichen, bis zum Jahr 2020 knapp 1200 neue Anlagen mit einer Leistung von durchschnittlich 2,5 Megawatt bauen zu lassen. Damit könnten wir den Anteil der Windkraft am Erneuerbaren Mix von derzeit kümmerlichen 1,1 (der schlechteste Wert bundesweit) auf 10 Prozent erhöhen.

Nachhaltige Mobilität statt Stau- politik

Wenn vom Klimaschutz geredet wird, kommen wir an einer nachhaltigen Mobilität in Baden-Württemberg nicht vorbei. Denn die Kraftfahrzeuge im Land sind für etwa 30 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich. Statt immer neue Straßen zu bauen (das CDU-Credo), setzen wir auf einen besseren ÖPNV. Dazu wollen wir mehr Bahnverbindungen schaffen wie die Reaktivierung der Hermann-Hesse-Bahn von Weil der Stadt nach Calw oder der vierspurige Ausbau der Rheintalbahn von Karlsruhe nach Freiburg, um mehr Güter von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Des Weiteren puschen wir den Radverkehr mit einem landesweiten

Förderprogramm viel stärker als bislang. Hierzu haben wir die Beschil-
derung verbessert und vor allem vereinheitlicht. Daneben werden wir an mehreren Bahnhöfen wie in Bietigheim-Bissingen so genannte E-bike-Stationen errichten, an denen Elektrofahräder ausgeliehen oder abgestellt werden können.

Ausschreibungen sollen das Mo- nopol der DB brechen und besse- re Zugangebote erbringen

Zu den großen Altlasten der Vor-
gängerregierung von CDU/FDP zählt der Große Verkehrsvertrag, der den Regionalverkehr zwischen DB und dem Land bis Ende 2016 regelt. Er beinhaltet rund 40 Millionen Zugkilometer verteilt auf 18 Streckennetze im Land.

Leider wurde der Vertrag zu extrem schlechten Konditionen abgeschlossen, die Steuerzahler und Bahnkunden gleichermaßen benachteiligen. Zum einen zahlt das Land an die DB Regio mit über 11 Euro je Zugkilometer einen völlig überhöhten Preis, zum anderen ist die Bahn teilweise mit 45 Jahre alten Wagenmaterial unterwegs, in denen defekte Heizungen, defekte Türen oder kaputten WC's keine Seltenheit sind. Mit dem neuen Verkehrsvertrag ab 2017 soll damit Schluss sein. Spätestens ab 2018 soll auf allen Strecken neues Wagenmaterial mit Klimatisierung und barrierefreiem Zugang rollen. Die Züge bekommen in den Landesfarben Schwarz-Gelb ein neues Design. Das Zugangebot wird spürbar verbessert, in dem ein besserer Taktverkehr mit Fahrzeiten bis nach Mitternacht geschaffen wird. Diese Beispiele zeigen, dass Wir Grünen und unser Koalitionspartner SPD das Land modernisiert und reformiert haben!



Bessere Bildung für alle

von Jürgen Walter

Auf den Anfang kommt es an: Gemäß diesem Grundsatz haben wir einen Pakt mit den Kommunen für den Ausbau der U3-Betreuung geschlossen. Mit der Zusage, die Betriebskosten in Höhe von 68% zu übernehmen, konnte die Betreuungsquote von 2011 bis 2014 von 18% auf 68% verbessert werden. Zudem haben wir die Sprachförderung ab Beginn des ersten Kindergartenjahres eingeführt und die Zuschüsse auf jetzt 21 Mio Euro kontinuierlich erhöht. Sprache als Schlüssel zur Bildung sichert den Kindern einen guten Start ins Leben.

Besseres Lernen, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Die Landesregierung baut die Ganztagsgrundschulen in Baden-Württemberg konsequent aus. Mit der im Juli 2014 vom Landtag beschlossenen Änderung des Schulgesetzes wird die Ganztagsgrundschule nach jahrzehntelangen Schulversuchen endlich zur Regelschule. 70 Prozent der Grundschulen sollen bis in 10 Jahren ein Ganztagsangebot machen. Dabei wird den Städten und Gemeinden eine flexible Gestaltung ermöglicht, um Eltern und Kindern vor Ort die von Ihnen gewünschte Form anzubieten. Davon profitieren derzeit acht Grundschulen im Kreis Ludwigsburg.

Mit der Einführung der Gemeinschaftsschule (GMS) wurde eine Schulart geschaffen, die der indivi-

duellen Förderung der Kinder größtmöglichen Raum geben soll und unter einem Dach alle allgemeinbildenden Schulabschlüsse anbietet. Hier können Kinder von der ersten bis zur zehnten Klasse gemeinsam von- und miteinander lernen. Die ersten 42 GMS sind zum Schuljahr 2012/13 an den Start gegangen. Im Schuljahr 2014/15 sind es schon 210 GMS, darunter zwölf bisherige Realschulen. Die Anmeldezahlen sprechen Bände: Die Glemstalschule Schwieberdingen-Hemmingen, die aus einer Realschule zur GMS entwickelt wurde, konnte in diesem Schuljahr vier 5. Klassen bilden.

Bildungserfolg braucht ein auch gutes soziales Miteinander an der Schule. Um dieses zu verbessern und Probleme besser in den Griff zu bekommen, beteiligt sich Grün-Rot mit einem Drittel an den Kosten für Schulsozialarbeit, nachdem schwarz-gelb die Förderung komplett gestrichen hatte. Schulsozialarbeit unterstützt die Lehrerinnen und Lehrer heute flächendeckend bereits an über 2600 Schulen.

Hochschulen nachhaltig finanzieren und demokratisch weiterentwickeln

Die Hochschulen in Baden-Württemberg mussten seit 16 Jahren mit der gleichen Menge Geld auskommen. Jetzt wird die Grundfinanzierung - das ist der Betrag, der für den täglichen Betrieb einer Univer-

sität oder Fachhochschule gebraucht wird - erhöht. Die Grundfinanzierung wird laut Vertrag über die Hochschulfinanzierung „Perspektive 2020“ in den nächsten sechs Jahren jährlich um drei Prozent steigen. Insgesamt sind das bis 2020 1,7 Mrd. Euro mehr. Neben dem frisch investierten Geld werden in Zukunft Mittel, die im Rahmen von Projekten befristet an die Hochschulen geflossen sind, in die Grundfinanzierung überführt. Das nennen wir nachhaltige Finanzierung, denn die Planungssicherheit wird ganz erheblich erhöht. Der neue Hochschulfinanzierungsvertrag löst die bisherigen Solidarpakte ab und soll im Spätherbst 2014 unterzeichnet werden.

Nachhaltig im Sinne von Bildungsgerechtigkeit ist auch die Abschaffung der Studiengebühren. Niemand soll aus finanziellen Gründen auf ein Studium verzichten oder erst auf Umwegen an die Hochschule gelangen. Die Hochschulen erhalten eine volle Kompensation, um die Qualität ihrer Lehre weiter zu sichern und sogar zu verbessern. Mit dem im Juni 2012 verabschiedeten Gesetz zur Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft bekommen unsere Studierenden erstmals seit über 30 Jahren wieder einen anerkannten Rahmen, um ihre Interessen zu vertreten. Jetzt entstehen an allen Hochschulen Verfasste Studierendenschaften mit verbrieften Rechten, einem eigenen

Budget und einem weit gefassten Mandat für Meinungsäußerung und Beteiligung.

Starkes Kulturland Baden-Württemberg

Mit einer Erhöhung des Landeszuschusses um jährlich 1,7 Mio. Euro werden seit 2012 die soziokulturellen Zentren und damit das kulturelle Leben im ganzen Land gestärkt. Für jeden Euro der jeweiligen Sitzkommune einer soziokulturellen Einrichtung gibt es 50 Cent von Seiten des Landes. Davon profitieren u.a. das Glasperlenspiel in Asperg, die Tanz- und Theaterwerkstatt in Ludwigsburg, das Kulturfenster in Bönningheim und das Kulturforum in Brackenheim, insgesamt 64 Zentren im Lande.

Der neu geschaffene Innovationsfonds Kunst fördert Kulturprojekte aus den Bereichen Innovative Kunstprojekte, Interkulturelle Kunstprojekte und Kulturelle Bildung. Im Jahr 2012 vergab die Jury zwei Millionen Euro an Projekte in Baden-Württemberg, im Doppelhaushalt 2013/14 wurden weitere drei Millionen Euro bereitgestellt. Darüber freut sich in diesem Jahr z.B. der Theatersommer Cluss-Garten in Ludwigsburg. Und weil Kultur auch den Flüchtlingen im Land gut tut, wurde ein Sonderprogramm über 200.000 Euro aufgelegt. Trotz Schuldenbremse erhöht Grün-Rot nach 2012 nochmals ganz erheblich die Kulturförderung.



Der Kunstetat steigt im nächsten Doppelhaushalt um insgesamt rund 7%, das sind 60 Millionen Euro. Auch hier ist Nachhaltigkeit ange-sagt, denn die Erhöhungen sind dauerhaft angelegt. Die Kulturförderung jenseits der Ballungszentren wird ausgebaut, ebenso die Förderung der 33 Theater in freier Trägerschaft. Für die Privattheater gibt es 400.000 Euro jährlich mehr an Förderung! Das entspricht einer Steigerung um gut 10% von bisher rund 3,9 Mio. Euro auf dann ca. 4,3 Mio. Euro. Seit dem Regierungsantritt von Grün-Rot wurden mehr als 40 Millionen zusätzliches Geld dauerhaft in die Kultur investiert. Während andere Länder Theater schließen oder Kunstwerke versteigern lassen, machen wir deutlich, welchen Stellenwert Kunst und Kultur für uns haben!

Gemeinderatsfraktion besucht Asylbewerber/-innen in Grünbühl-Sonnenberg

von Edith Haberzeth-Grau

Kürzlich besuchte die Grüne Fraktion den bestehenden Asyltreff der Martinskirche Grünbühl. „Uns ist es wichtig, Sie hier in Ludwigsburg willkommen zu heißen,“ so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Edith Haberzeth-Grau. Einige Flüchtlinge waren aus der gegenüberliegenden Unterkunft gekommen und schilderten ihre jeweilige Situation.

Die meisten leiden unter der aufgezwungenen Untätigkeit. Obwohl sie gut ausgebildet sind, wären sie auch gerne bereit, eine Arbeit unter ihrem Bildungsniveau anzuneh-

men. Deshalb ist es allen wichtig, so schnell wie möglich gut Deutsch zu sprechen. Dafür müssen dringend die Mittel für Integrations- und Sprachkurse aufgestockt werden. Nach dem Gespräch besichtigte die Fraktion einige Räume der Flüchtlingsunterkunft und das für Flüchtlinge vorgesehene Gebäude am Sonnenberg. Es zeigt sich, wie dringend notwendig es war, dass unser Ministerpräsident Winfried Kretschmann (GRÜNE) zu einem Flüchtlingsgipfel eingeladen hat, um möglichst gute Lösungen für Flüchtlinge zu finden und daraus ein tragfähiges Konzept zu ma-

chen. Städte und Gemeinden werden durch ein Sonderwohnungsbauprogramm entlastet.

Es soll in den kommenden zwei Jahren mit 30 Millionen Euro bestückt werden.

Außerdem ist geplant, für die vielen Flüchtlingskinder zusätzlich 200 Deputate für Vorbereitungsklassen zu schaffen, um die Kinder so schnell wie möglich in den regulären Unterricht zu integrieren.

„Wir stehen vor einer großen und ersten Aufgabe, für Alarmismus gibt es jedoch keinen Grund.“ (Ministerpräsident Winfried Kretschmann)



Aus der Kreistagsfraktion

von Peter-Michael Valet, Fraktionsvorsitzender

Die sechzehn köpfige Kreistagsfraktion, die um drei Sitze gestärkt aus den Wahlen im Mai hervor ging, ist gut zusammengesetzt. Mit sechs Neulingen und einem Frauenanteil von 44 % ist sie eine gute Mischung aus Alt und Jung, mit ganz unterschiedlichen Interessen. Gemeinsam ist uns unser Wahlprogramm zur Kreistagswahl 2014 (www.kreistag-gruene.de), mit einem hohen Anspruch für die Wahlperiode 2014 bis 2019. Neben unseren ökologischen Themen, sind Bildung, soziale Gerechtigkeit, Krankenversorgung als Daseinsvorsorge und eine zukunftsfähige, schadstoffarme Verkehrspolitik unsere vordringlichen Tätigkeitsfelder. Überall dort, wo der Landkreis – der Kreistag – zuständig ist, melden wir uns zu Wort mit Anfragen und Anträgen, um die Verwaltung zu Taten zu bewegen. Natürlich gehören dazu Mehrheiten in den Gremien, aber auch eine gute Vorbereitung durch Gespräche mit Betroffenen und Beteiligten, ganz im Sinne der von uns hochgehaltenen Bürgernähe. Tagesaktuell beschäftigen wir uns mit der Zukunft unserer Krankenhäuser im Landkreis, mit einer Anfrage zur sozialen Situation der Menschen im Landkreis (mit unseren Lebensverhältnissen) und mit dem ÖPNV/den Busverkehren im Landkreis ab 2018.

Die Zukunft unserer Krankenhäuser liegt uns am Herzen. Das heißt, wir wollen alle bestehenden Krankenhäuser erhalten und nicht einem rigiden Wirtschaftsdenken geopfert werden. Dazu gehören Ideen- und Einfallsreichtum, Mut und Risikobereitschaft, das erfordert jedoch unsere Verantwortung gegenüber einer älter werdenden Gesellschaft. Die soziale Situation der Menschen im Landkreis muss erst erhoben werden, dann können wir Initiativen starten und erkannte Missstände beseitigen suchen. Der ÖPNV/die Busverkehre der Zukunft dürfen nicht hinter dem „status quo“ zurückbleiben. Dazu wird der Kreis zusätzlich Geld in die Hand nehmen müssen (zusätzlich ca. ein 1/2 „Kreis-punkt“ = ca. 3,2 Mio. €). Der ÖPNV muss in unserem dicht besiedelten Landkreis (ca. 750 E/km²) Vor-fahrt haben.



Schwarze Zahlen mit grüner Politik – das Ländle wird erfolgreich ökologisiert



von Markus Rößler

„Arbeitsplätze durch Naturschutz“ - der Nationalpark als Leuchtturmprojekt übers Land hinaus

Nicht „Habemus papam“ – aber „Habemus Nationalpark“ – nach über 20 Jahren Vorgeschichte hat Grün-Rot im Nordschwarzwald einen Nationalpark eingerichtet. Auf gut 10.000 ha gilt jetzt „Natur Natur sein lassen“. Wir nehmen damit unsere Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung, für unser Naturerbe wahr. Denn Tausende Arten sind auf natürlich Prozesse, auf altes Holz und abgestorbene Bäume spezialisiert. Mit Rheinland-Pfalz und Saarland waren wir das einzige Flächenbundesland in Deutschland, das noch keinen Nationalpark hatte! Der Nationalpark steht für „Arbeitsplätze durch Naturschutz“, für „Schwarze Zahlen mit grüner Politik schreiben“. Schon jetzt sind erste positive Ergebnisse zu sehen: Sogar internationale Besuchergruppen kommen, um sich die Anfänge des Projektes anzusehen. Denn viele Menschen sollen an die Natur, an die natürlichen Prozesse herangeführt werden, es

wird Besucherinfrastruktur geschaffen, gastronomische und Bildungsbetriebe investieren Geld, das insbesondere Handwerkern aus der Region zu Gute kommt. Besonders erfreulich: Frühere Kritiker und Gegner äußern klar und deutlich und öffentlich: Wir wollen gute und zuverlässige Partner des Nationalpark sein. Daher ist der Nationalpark schon 2014 ein Erfolg! Es freut mich, daß ich in zahlreichen Veranstaltungen vor Ort einen Beitrag zu diesem Projekt leisten durfte.

Die Natur hat häufiger Vorfahrt und die Unternehmen sind erfolgreich

Wir haben viele Gesetze und Fördermaßnahmen modernisiert und ökologisiert – und kein Unternehmen ist aus dem Lande abgewandert, weil Grün-Rot regiert! Einige konkrete Beispiele:

- Wir sind als Land dem Netzwerk gentechnikfreier Regionen Europas beigetreten. Und künftig dürfen nur im Mindestabstand von 3.000 Metern von Schutzgebieten gentechnisch veränderte Organismen angebaut werden. Das dient dem Schutz der Biologischen Vielfalt in Schutzgebieten und schließt über 50% der Landesfläche von der Agrogentechnik aus!
- Die Förderung für die Umstellung auf Öko-Landbau haben wir sofort 2011 wieder eingeführt: Die Vorgängerregierung hatte dies kurzfristig gestoppt und damit laufende Umstellungen und bestehende Verträge gefährdet. Ab 2015 ist die Förderung bei der Umstellung
- Grünland darf – bis auf begründete Ausnahmen - nicht mehr in Acker umgewandelt werden: Ein wichtiger Beitrag für Naturschutz

und für Klimaschutz.

- Wichtig für den Kreis Ludwigsburg: Die Förderung für den Steilagen-Weinbau, insbesondere mit Terrassen, wird deutlich erhöht.
- Ebenso wichtig für uns im Kreis: Ab 2015 fördert das Land auch den Schnitt von Streuobstbäumen. 15 Euro je Baumschnitt gibt es, in fünf Jahren können sogar zwei Schnitte gefördert werden.
- Die Richtlinie für die Flurneuordnung ist überarbeitet. Es muss jetzt einen deutlichen Mehrwert für die Natur geben.
- Wir haben die Funktion einer Tierschutzbeauftragten des Landes (mit dem passenden Familiennamen „Jäger“...) geschaffen und angemessen ausgestattet. Damit berücksichtigen wir den grundgesetzlichen Auftrag zum Tierschutz.
- Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg haben wir finanziell gestärkt, ebenso haben wir mehr Lebensmittelkontrolleure eingestellt – eine alte Forderung der Landkreise seit der unnötigen Zerschlagung des Wirtschaftskontrolldienstes durch die CDU-Regierung.
- Der Staatswald ist nach weltweiten FSC-Kriterien zertifiziert. Eine alte Forderung der Grünen, die von der CDU fast überall intensiv bekämpft wird: Damit ist eine stärkere Beteiligung von Gewerkschaften und Verbänden mit Forst- und Umweltbezug gesichert, ebenso Pestizidverzicht und nutzungsfreie Waldflächen mit natürlicher Dynamik.
- Die Naturschutzmittel haben wir Stück für Stück verdoppelt auf jährlich 60 Mio. Euro im Doppelhaushalt 2015/2016. Das war dringend erforderlich und ein

Wahlversprechen von Grün-Rot, das wir eingehalten haben. Ganz überwiegend finanzieren wir damit Pflichtaufgaben rund um das Thema Natura 2000.

- Den Kreisen, Kommunen, Landwirtschafts- und Naturschutzverbänden bieten wir finanzielle und personelle Unterstützung für die Gründung von Landschaftserhaltungsverbänden an. 27 von 35 Landkreisen haben dieses Angebot angenommen- unter den letzten acht befindet sich der Kreis Ludwigsburg, in dem 2013 u.a. CDU-Landtagsabgeordnete in ihrer Funktion als Kreisräte gegen die Gründung gestimmt haben. 2015 wird so ein LEV aber sicherlich auch im Kreis Ludwigsburg kommen!

Haushalt konsolidieren, in Infrastruktur investieren, Beteiligung stärken

Neben den 43,3 Mrd. Euro Schulden im Landeshaushalt haben wir ca. 70 Mrd. Euro Pensionsansprüche von Beamten, einen Sanierungsstau an Hochbauten (Hochschulen, Polizei, Schulen...) und linienförmiger Infrastruktur (Straßen, Schienen, Breitband-Verkabelung) in Höhe von weit über 10 Mrd. Euro sowie ein jährliches strukturelles Defizit von 2,5 Mrd. Euro (Angabe Landesrechnungshof) geerbt. Damit lag Baden-Württemberg im bundesweiten Vergleich nur im unteren Mittelfeld (Angaben des Steuerzahlerbundes). Diesen gordischen Knoten haben wir mit einer Kombination von Sparen, Investieren – und fairerweise muss dies gesagt werden – wieder sprudelnden Steuereinnahmen durchschlagen. Bereits ab 2016 planen wir nach derzeit bestem Wissen und Gewissen die berühmte „Netto-Null“ im

Haushalt. Wir Grüne stehen auch dafür, daß dies nicht nur eine einmalige Zahl sein soll, sondern daß diese Netto-Null dann auch in den Folgejahren erreicht wird – bis zur gesetzlichen Schuldenbremse ab 2020. Dann dürfen nur noch in Notfällen Schulden aufgenommen werden. Wir investieren Gelder in Hochschulen, in Schienen (21,1 Mio. Euro allein in die Strohgebahn), haben im Straßenbau die Mittel für die Unterhaltung und Sanierung von vorher 50 Mio. Euro jährlich auf 100 Mio. Euro jährlich verdoppelt und die Mittel für den Breitbandkabelausbau um über 20 Mio. Euro erhöht. Denn für junge Familien und Unternehmen ist eine schnelle Internetverbindung inzwischen ein „Muss“, ohne das sie nicht in ländliche Räume ziehen. Wir werden – um ein Beispiel aus der Wirtschaftspolitik herauszugreifen - noch 2015 ein Bildungsfreistellungsgesetz verabschieden, in dem wir die gerechtfertigten Interessen der Arbeitnehmer (und Arbeitgeber) auf Weiterbildung und die berechtigten Sorgen insbesondere kleiner Arbeitgeber vor zu viel Bürokratie und zu viel Anspruch unter einen Hut bringen werden. Beteiligung wird bei Grün-Rot größer geschrieben als je zuvor. Daher haben wir das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 abgesenkt, stärken Jugendgemeinderäte und ihre Rechte, senken die Quoren und verlängern die Fristen bei Bürgerbegehren und Volksbegehren. Denn wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der die Bürgerinnen und Bürger mehr als bisher mitbeeinflussen sollen, wie die Zukunft Baden-Württembergs aussehen soll: Möglichst weiterhin bunt, erfolgreich und mit viel grünem Anteil!

Quo vadis, grüne Wirtschaftspolitik?

von Taifun Tok

Spätestens nach der letzten Bundestagswahl haben auch die letzten Parteistrategen der FDP, der sogenannten „Wirtschaftspartei“, verstanden, dass eine kluge, erfolgreiche und nachhaltige Wirtschaftspolitik nicht nur daraus besteht, dass Steuern nach der neoklassizistischen Wirtschaftstheorie gesenkt werden, um wirtschaftliches Wachstum zu fördern.

Die Förderung des deutschen Wirtschaftsstandortes bedeutet nämlich viel mehr, deshalb ist es gerade umso wichtiger, dass wir Grünen unsere steuer- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen nicht nur auf die Steuerdebatte einengen - denn so wurden und werden die Grünen in der Bevölkerung leider wahrgenommen - sondern offensiv mit dem Begriff der Innovation werben. Für uns Grünen steht die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen im Zentrum. Nachhaltigkeit ist deshalb das Leitprinzip - auch in der Wirtschaft.

Die ökologische Modernisierung lässt sich nicht aufkotzen oder verordnen, vielmehr setzt sie auf

ein gesundes Verhältnis von Staat, Markt und Bürgergesellschaft. Grüne Wirtschaftspolitik sollte Ansprechpartner von Innovationstreibern aus dem Mittelstand, den Hochschulen und der engagierten Bürgergesellschaft sein. Diese Grundhaltung sollten wir als Partei verkörpern. Kreativität und Forschergeist steigen nicht mit der Größe eines Unternehmens, Innovation ist in Deutschland häufig mittelständisch, vor allem in den StartUp-Unternehmen im sogenannten „Neckar Valley“ herrscht ein Gründergeist, den ich mit Spannung verfolge. Innovationen kommen zudem auch aus Kooperationen von Unternehmen mit öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen und Hochschulen und sie kommen zunehmend auch aus der Bürgergesellschaft.

Eine grüne Wirtschaftsförderung zeichnet sich dadurch aus, dass die GründerInnen bei der Umsetzung ihrer Ideen unterstützt werden. Wirtschaft besteht für uns deshalb nicht nur aus Unternehmen, sie besteht auch aus aktiven BürgerInnen, die sich in vielfältigen Initiativen

wirtschaftlich betätigen und mit ihren innovativen Ideen zur ökologischen Modernisierung der Wirtschaft beitragen.

Ein zweites Element grüner Wirtschaftspolitik, das wir in den nächsten Jahren offensiv hervorheben sollten, ist die Ressourcenknappheit. Wenn der Verbrauch knapper Ressourcen oder fossiler Energieträger sich nicht im Preis zeigt, dann gibt es auch keinen ökonomischen Anreiz zu Innovationen. Besteuert sollten deshalb nicht Güter oder Produkte, sondern der Verbrauch von Ressourcen. Eine Besteuerung des Ressourcenverbrauchs hätte die Rohstoff- und Energieeffizienz im Visier. Sie kann bewirken, dass Unternehmen bei einem gleichbleibenden oder sogar steigenden Output von Produkten und Dienstleistungen weniger Ressourcen verbrauchen. Anstatt zuzulassen, dass die Menschen die effektiven Kosten für ihren Energie- und Rohstoffbedarf tragen, sorgt alle bisherigen Regierungen mit Subventionen und Steuererleichterungen dafür, die Verbraucherpreise niedrig zu halten. Diese Marktverzerrung



hat auf der einen Seite die Verbraucher von niedrigen Preisen abhängig gemacht und auf der anderen Seite die Entwicklung von Technologien mit niedrigerem Ressourcenverbrauch gehemmt. Deshalb ist die Frage der Innovation ein geeignetes Mittel, gar der Klebstoff, um die Ökologie und die Ökonomie miteinander zu versöhnen. Lasst uns deshalb im Ländle, dem Bundesland der Tüftler und Denker, die Partei der Innovationen sein.

Emotionaler und engagierter Bundesparteitag in Hamburg

von Ingrid Hönlinger

„Mehr Biss. Grün.“ Das war das Motto unserer BDK Ende November. Wir, die fünf Ludwigsburger Delegierten – Ingrid Hönlinger, Lizzy Jöckel, Lidija Kalkofen, Stefan Köhler und Stefan Krüger – sowie Max Bleif erlebten gleich zu Beginn eine lebhafteste Debatte um „Freiheit und Selbstbestimmung“. In seiner kämpferischen Auftaktrede betonte Bundesvorsitzender Cem Özdemir die Dimension der Freiheitsdiskussion: „Es gibt in der politischen Ideengeschichte keine größere und mächtigere Idee als die der Freiheit des Menschen“. Bundesgeschäftsführer Michael Kellner distanzierte die Partei anschließend vom Image der Verbotspartei. „Wir Grüne diskutieren über gute Regeln, anstatt auf autoritäre Gebote zu setzen.“ Am Samstag folgte der TOP Grüne

Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik. „Die Agrarwende hat dieselbe ökologische Bedeutung wie die Energiewende“, erklärte Toni Hofreiter. Die Trägerin des alternativen Nobelpreises, Vandana Shiva aus Indien fasste ihre Arbeit zusammen mit „Die Antwort auf den Hunger liegt in der Lokalisierung und Ökologisierung der Landwirtschaft“.

Dann kam die mit Spannung erwartete Debatte zum Top „Humane Flüchtlingspolitik“. Bundesvorsitzende Simone Peter führte zu Beginn aus: „Das war eine schwierige Abwägung, bei der wir zu unterschiedlichen Bewertungen gekommen sind.“ Winfried Kretschmann äußerte sich persönlich zu seiner Entscheidung. „Ich habe skrupellos mit mir gerungen. Zugestimmt habe ich nicht, weil ich das Konzept

der sicheren Herkunftsländer befürworte, sondern weil ich substanzielle Verbesserungen erreicht habe. Souverän ging er mit einer Demonstration von Grüner Jugend und Gegenwind um. Er rief: „Die wirklichen Probleme haben nicht wir, die wirklichen Probleme haben die Flüchtlinge“ und eroberte damit den Saal.

Bewegend war die anschließende Debatte über die Aufarbeitung zu pädophilen Forderungen in Grünen Programmen der 80er Jahre. Hier sprach der Vorsitzende des Opferverbandes Glasbrechen, Adrian Korerer. Er berichtete vom „Seelenmord“, den die Opfer sexuellen Missbrauchs als Kinder erlitten haben. Gleichzeitig dankte er uns Grünen für die Aufarbeitung, dafür, dass wir uns „schonungslos in die Karten haben schauen lassen.“

Zum Abschluss der BDK am Sonntag wurde intensiv über die europäische Friedensordnung debattiert. Engagiert forderte Claudia Roth eine humanitäre Offensive, um den vielen Flüchtlingen im Nahen Osten zu helfen. Cem Özdemir erhielt für seine emotionale Rede Dank von Gastredner Sahap Dag, dem Generalsekretär des Zentralrats der Jesiden. Allerdings lehnte die BDK die Forderung nach Waffenlieferung an die Kurden im Irak ab. Sie respektierte hierbei ausdrücklich „die Gewissensfreiheit der Abgeordneten, die zu einer anderen Einschätzung gelangt sind“. Bei der Debatte um den Ukraine-Konflikt bestand Einigkeit darin, dass es keinen Rückfall in die Verhaltensweisen des Kalten Kriegs geben darf. Alle Beschlüsse findet ihr unter www.gruene.de

Bericht von der LDK in Tuttlingen

von Stefan Krüger, OV Vaihingen

Der Kreisverband Ludwigsburg durfte in diesem Jahr 9 Delegierte zur LDK entsenden, einen weniger als in den Vorjahren.

Für die „alten Hasen“ unter uns war das Prozedere klar: man bekommt in den Wochen vor der LDK einige Unterlagen, das „grüne Reisemanagement Max“ hat in weiser Voraussicht Zimmer bestellt, die Anreise funktioniert „grün“ mit der Bahn. Wer sich nicht selbst um den Stand der Diskussion gekümmert hat, konnte überrascht sein, dass die „Erste Versendung“ der Unterlagen aus dem September erst wenige Tage vor der Veranstaltung in der Post war. Damit waren dann auch die Einreichungsfristen für Anträge und Änderungsanträge verstrichen.

Auf fantastische Weise aktuell war sicherlich die Tagesordnung: Wirtschaft, Asyl, Mobilität, so lauteten die Schwerpunktthemen. Im Angesicht des nun absehbaren Wahlkampfes für die Landtagswahl im März 2016 waren das drei herausragende Themen.

So war es auch nicht verwunderlich, dass viele Redner vor allem zur

„aktuellen politischen Lage“ und beim Punkt „Wirtschaft“ den Frontalangriff zur Union gesucht haben. Wer nicht so ein Freund von Wahlkampf-Rhetorik ist, konnte sich da bisweilen auch schon mal langweilen. Als Delegierter interessieren mich persönlich immer das eigene Programm und die eigenen Positionen viel mehr als die Abgrenzung zum politischen Gegner.

Besondere Höhepunkte waren die beiden Redebeiträge von Ministerpräsident Winfried Kretschmann zu den TOP „Wirtschaft“ und „Asyl“. Er richtet die Landesgrünen im heraufziehenden Wahlkampf sehr stark auf Wirtschaftskompetenz aus, hat mit dem Thema „Industrie 4.0“ und intensiven Anstrengungen in der Digitalisierung sicherlich Topthemen gesetzt, die uns in den nächsten Monaten begleiten werden und die von uns auch auf KV- und OV-Ebene ausgefüllt werden wollen.

Ergreifend war sein Redebeitrag zum Thema Asyl, seine Sicht der Dinge, die Priorisierung auf Verbesserung der Lage der nun ankommenden, von Flucht und Verzweiflung geplagten Menschen. Für bei-

den Positionen hat er große Zustimmung der Delegierten erhalten. Im TOP „Mobilität“ wurde ausführlich ein Leitantrag des Landesvorstandes debattiert, Verkehrsminister Winfried Hermann hat eine intensive Rede mit der Erläuterung seiner Priorisierungen gehalten. Verbesserungen im Bereich Radfah-

rer und Fußgänger, Aushandlung von deutlich besseren Verkehrsverträgen mit der Bahn und im Straßenbau die Devise „Erhalt vor Neubau“. Bei einem stark aufgestockten und fokussierten Etat zeigt das bereits erste Wirkungen. Dafür gab es breiteste Zustimmung der Delegierten. Dank des Bahnstreiks ka-

Impressum:

GRÜNSPIEGEL

Zeitschrift des Kreis- und Ortsverbandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ludwigsburg.

Der Grünspiegel ist kostenlos erhältlich. Herausgeber/Anschrift der Redaktion: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Ludwigsburg, Ortsverband Ludwigsburg Hohenzollernstraße 21 71638 Ludwigsburg

Tel: 071 41-92 79 26 Fax 071 41-90 51 94 kv.ludwigsburg@grzuene.de www.gruene-ludwigsburg.de

Bankverbindung: KV Ludwigsburg Kontonummer: 507 949 005, BLZ 604 901 50, IBAN: DE76 6049 0150 0507 9490 05, BIC: GENODE31LBC, Volksbank Ludwigsburg

Redaktion (ViSdP): Elisabeth Sempendörfer-Paul Max Bleif, Ulrich Bauer, Laura Wiedmann gruenspiegel@gmx.de

Druck: Druckerei Ratz, Schönaich Ausgabe 53: Dezember 2014 Auflage: 700 Bildnachweis: Alle Bilder Redaktion Grünspiegel, privat oder öffentlich.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Kreis- oder Ortsvorstandes wieder.

Für den Inhalt der gekennzeichneten Artikel sind die Autoren verantwortlich. Die Redaktion behält sich die Bearbeitung der eingereichten Beiträge vor.

Termine

Kreismitgliederversammlung (KMV) mit MdB Kerstin Andreae
Donnerstag, 12. Februar 2015
Ratskeller-Nebenraum- Wilhelmstraße 13, Ludwigsburg, 19.30 Uhr
Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Bundestag Kerstin Andreae wird mit uns über das Thesenpapier: Freiräume schützen und schaffen und den BDK Beschluss: Freiheit grün gestalten diskutieren.

Nominierung Landtagswahlkreise:
Vaihingen WK 13: 4.2.2015
Schwieberdingen: Ort noch offen
Bietigheim WK 14: 10.2.2015
Bietigheim, Hotel Otterbach
Ludwigsburg WK 12: 19.3.2015
Ludwigsburg, Ratskeller
Infos: www.gruene-ludwigsburg.de

